

P2 05.12.13

Nur mit Maß gegen den Flächenfraß

- Planungsausschuss der Region geht gegen ein Papier des Landes vor.
- Gemeinden wehren sich gegen Fesseln für Gewerbe- und Wohnbauentwicklung.

BRUNO KNÖLLER
ENZKREIS/PFORZHEIM

Bürgermeister und andere wichtige kommunale Vertreter der Region treibt die Angst um: Sie fürchten, dass ihre Pläne über weitere Wohn- und Gewerbegebiete in der Schublade verschwinden. Ein sogenanntes Hinweispapier des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg vom Mai dieses Jahres will den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2030 um rund 40 Prozent einschränken. Das lässt die Alarmglocken schrillen. Denn: Damit würden baulich notwendige Entwicklungen blockiert.

Das achtseitige Schriftstück mit dem sperrigen Namen „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ...“ sorgte gestern in der Sitzung des regionalen Planungsausschusses in Mühlacker für Emotionen. Die CDU-Fraktion hatte beantragt, sich der Sache anzunehmen.

Zweifel an der Statistik

Bei vier Enthaltungen aus den Reihen von Grünen und SPD stimmte das Gremium dem Vorschlag von Verbandsdirektor Dirk Büscher zu, dass der Regionalverband eine eigene Bevölkerungsprognose erstellt und dem Verkehrsministerium die erheblichen Bedenken mitteilt. Den Zahlen des Statistischen Landesamtes (StaLa) wird misstraut.

Wenn man das Papier eins zu eins umsetzen würde, könnten viele Gemeinden keinen Quadratmeter Boden mehr für neue Baugebiete vorsehen, gab Büscher zu bedenken. „Die Region Stuttgart begrüßt dieses Papier. Andere Verbandsdirektoren sehen das kritischer, dazu zähle ich“, bekannte er. „Wir alle haben den Wunsch, Flächen zu sparen, dürfen den Bogen aber nicht überspannen.“

Dirk Büscher und Verbandsvorsitzender Heinz Hornberger (CDU) hatten den Regionalräten eigene Berechnungen für alle 70 Städte



Der Flächenverbrauch beschäftigte gestern den Planungsausschuss des Regionalverbands in Mühlacker. Dabei wurde auch das Amazon-Logistikzentrum in Pforzheim angesprochen. Das Luftbild entstand im August dieses Jahres.

FOTO: KETTERL

„Das ist ein ideologischer Schnellschuss, der dem Ziel Flächenverbrauch nur schadet.“

Günter Bächle (CDU), zu einem „Hinweispapier“ des Landes

„Mit dem Hinweispapier nimmt die Landesregierung nur eine Bundesaufgabe wahr.“

Rainer Prewo (SPD)

und Gemeinden der Region Nord-schwarzwald von Sternenfels bis Alpirsbach vorgelegt. Danach müsste Pforzheim seinen bisherigen Gesamtbedarf an zusätzlichen Gewerbe- und Wohnflächen von 96 auf rund 50 Hektar reduzieren. Andere Kommunen würden in Sachen Bauflächen sogar ins Minus rutschen, unter anderem Ispringen, das nach dieser Aufstellung seither acht Hektar zu viel an Baugebieten ausgewiesen hätte (siehe

nebenstehende Zahlenbeispiele). Vorsitzender Hornberger meinte: „Die alten StaLa-Daten stimmen schlichtweg nicht mehr.“

Günter Bächle, Vorsitzender der CDU-Regionalverbands-Fraktion, bedauerte: „Nur 46 Gemeinden dürfen noch Flächen in Anspruch nehmen. Für das restliche Drittel bedeutet dies Stillstand und damit Rückschritt.“

Deutlich wurde der Niefern-Öschelbronner Bürgermeister Jürgen Kurz für die Freien Wähler: „Inwieweit ist das mit der kommunalen Planungshoheit vereinbar? Das ist ein weiteres Stück Planwirtschaft.“ Mehr Eigenverantwortung für die Kommunen mahnte FDP-Sprecher Norbert Holme, der Ölbronn-Dürrer Rathauschef, an.

Doch auch energische Befürworter outeten sich. So erklärte für die Grünen der Gechinger Architekt Johannes Schwarz: „Nach wie vor gibt es Flächenfraß. In Sonntagsreden wird das beklagt, aber nicht alle tun etwas dagegen.“ Tübingen habe in den letzten Jahren 6000 Einwohner zugewonnen, ohne ein einziges neues Baugebiet auszuweisen. Wenn weiterhin zehn Hektar Landschaft pro Tag

im Land zugebaut würden, sei in 100 Jahren die gesamte Fläche in Baden-Württemberg benutzt, warnte Thomas Knapp aus Mühlacker. Der frühere Kieselbronner Bürgermeister Gerhard Drautz (beide SPD) ärgerte sich: „Parkplätze sind oft, wie bei Amazon in Pforzheim, so groß wie die Betriebsflächen. Die Firmen sollten Tiefgaragen bauen. Dies müsste der Gesetzgeber vorschreiben.“ Über Größe des Parkplatzes wider-

sprach sein Fraktionschef, Pforzheims Oberbürgermeister Gert Hager, der berichtete: „Städte- und Gemeindetag gehen auch gegen das Papier vor, weil sonst Entwicklungen gehemmt werden.“ Einen Streit zwischen Rainer Prewo (SPD) und Heinz Hornberger (CDU) soll das Ministerium klären. Prewo hatte Hornberger vorgeworfen: „Sie nehmen eine Falschunterrichtung vor. Das Hinweispapier ist nicht rechtlich bindend.“

Keine Baugebiete in 15 Gemeinden

Der Regionalverband Nord-schwarzwald hat errechnet, wie viel Hektar die Städte und Gemeinden in der Region noch an Wohn- und Gewerbeflächen ausweisen könnten, wenn das „Hinweispapier“ des Landes eins zu eins umgesetzt würde. In zwölf der 28 Kommunen wäre überhaupt ein weiterer Flächenverbrauch erlaubt. Am meisten weitere Baugebiete dürften danach im Enzkreis entstehen in:

Maulbronn 13,1 Hektar (seit-her 17,6 Hektar).

Remchingen 10,8 ha (17,8).

Neulingen 8,6 ha (12,5).

Mühlacker 6,4 ha (17,6).

In 15 Kommunen ergäbe sich in den Flächennutzungsplänen die Situation, dass sie abspecken müssten. Am meisten in: **Ispringen** minus 8 ha (seither minus 3,7 ha).

Engelsbrand – 5,8 ha (–2,7).

Kämpfelbach – 5,1 ha (–0,6).

In **Neuenbürg** gäbe es ein Nullwachstum. kn